

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB

CDU · CSU



30. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor Ende der Legislaturperiode stehen dieser Tage noch einmal wichtige Entscheidungen an. Während sich SPD und Grüne in der alles überlagernden Migrationsdebatte einem Schulterchluss der demokratischen Fraktionen verweigern, ist es dagegen in beharrlicher Sacharbeit gelungen, in wichtigen Fragen der Familienpolitik einen lagerübergreifenden Konsens zu erzielen.

Für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration

Die abscheuliche Tat von Aschaffenburg, bei der zwei kleine Kinder Opfer eines brutalen Messerangriffs wurden, hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der Mord an einem der Kinder sowie an einem erwachsenen Mann, der zur Hilfe eilte und dafür mit seinem Leben bezahlte, zeigt eine neue Dimension der Gewalt auf Deutschlands Straßen. Aschaffenburg reiht sich ein in die Terroranschläge von Mannheim und Solingen und den Angriff auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg. Bei dem Täter handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzanspruch. Er war bereits mehrfach durch Gewaltdelikte auffällig geworden; trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum.

Vor dem Hintergrund dieser entsetzlichen Taten sagen wir von der Union: Es ist dringend an der Zeit zu handeln. Die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik gefährdet die Sicherheit der Bürger und das Vertrauen in den Staat. Die gescheiterte Ampelregierung hat es versäumt, Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen. Sie hat es versäumt, das geltende nationale Recht durchzusetzen, klare Regeln zu formulieren und Pull-Faktoren für illegale Migration zu beseitigen.

Deshalb haben wir in dieser Woche im Bundestag die Initiative für einen grundlegenden Politikwechsel in Sachen Innere Sicherheit und irreguläre Migration ergriffen, indem wir zwei Anträge und einen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung gebracht haben:

Mit unserem Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ haben wir fünf wichtige migrationspolitischen Forderungen zur Abstimmung gestellt: (1) Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche, illegal einzureisen. (2) Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden. (3) Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren

geschaffen werden. (4) Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam zu beantragen. (5) Ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder sollen in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann. Dieser Antrag hat am gestrigen Mittwoch (29. Januar) – gegen die Stimmen von SPD und Grünen – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.

Mit unserem zweiten Antrag „Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“ haben wir in 27 Forderungspunkten aufgezeigt, welche weiteren Maßnahmen für eine Wiederherstellung der Inneren Sicherheit erforderlich sind. Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören die Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – insbesondere von Terrorverbrechen und Kinderpornografie – sowie zeitgemäße technische Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Außerdem soll mit gezielten Änderungen im Strafrecht der Schutz von besonders vulnerablen Personen verbessert werden. Gleiches gilt für den Schutz von Polizeibeamten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe. Dieser Antrag hat gestern – gegen die Stimmen von SPD und Grünen – keine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.

Am morgigen Freitag (31. Januar) wird der Bundestag schließlich über unseren Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes abstimmen. Mit dem Gesetzesentwurf, den wir bereits im September nach dem Messeranschlag in Solingen in den Bundestag eingebracht haben, schlagen wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vor: (1) Wir wollen das Regelungsziel der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz wieder einführen. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht an diesem Ziel der „Begrenzung“ der Zuwanderung orientieren müssen. (2) Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur aufgrund der Verhältnisse im Heimatland vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden. (3) Die Kompetenzen der Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts wollen wir ausweiten.

Wir bedauern, dass sich die von Olaf Scholz geführte Koalition bisher all unseren Bemühungen, zu einer gemeinsamen Lösung der drängenden migrations- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unseres Landes zu kommen, verweigert hat. In dieser Woche haben Sozialdemokraten und Grüne letztmalig in dieser Wahlperiode die Chance, zur überfälligen Asylwende beizutragen. Bei den Entscheidungen über unsere beiden Anträge gestern hatten sie dazu leider nicht die Kraft. Mit Blick auf die für morgen vorgesehene Abstimmung über unseren Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes suchen wir dennoch weiter eine Mehrheit in der demokratischen Mitte des Bundestages. SPD und Grüne haben morgen abermals die Wahl, sich entweder ihrer Verantwortung zu stellen oder aber sich der Realität in unserem Land weiter zu verweigern. Möglicherweise wird auch ohne sie und in der Sache richtig entschieden – wie schon bei der gestrigen Abstimmung über unseren Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“. Für uns ist klar: Eine richtige, weil sachlich gebotene Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen.

Ohne Zweifel: Die Demokratie ist in Gefahr, wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden wir alles tun, um genau das zu verhindern, indem wir die drängenden Probleme unseres Landes anpacken und lösen. Doch mit Blick auf SPD und Grüne muss auch klar sein: Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit – und SPD und Grüne repräsentieren eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit – die Radikalen als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren.

Wir werden nach der Bundestagswahl alles dafür tun, dass wir nie wieder in eine solche Lage kommen, wie diejenige, in die uns die Fraktionen der Restampel gestern zu unserem allergrößten Bedauern im Deutschen Bundestag gebracht haben.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist der Deutsche Bundestag am Mittwoch (29. Januar) zu einer Gedenkstunde zusammengekommen.

Auch 80 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gilt es, die Erinnerung an die Millionen Menschen, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden, wachzuhalten und zugleich jeder Gefahr der Wiederholung entgegenzuwirken. Ich trete daher dafür ein, dass:

1. alle Schüler bis zum Ende ihrer Schulzeit mindestens eine NS-Gedenkstätte besuchen,
2. in den Curricula der historischen und politischen Bildung der jüdische Beitrag zur deutschen und europäischen Demokratiegeschichte angemessen herausgearbeitet wird,
3. der Aufbau des geplanten Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig vorangetrieben wird,
4. alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vom Bund gefördert werden, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Existenzrecht Israels sowie gegen Antisemitismus abgeben,
5. das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels Einbürgerungsvoraussetzung wird,
6. das Aufenthalts- und Asylrecht so geändert werden, dass eine antisemitische Straftat zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt,
7. das Leugnen des Existenzrechts Israels künftig strafbar ist und ein besonders schwerer Fall der Volksverhetzung eingeführt wird, der Täter umfasst, die antisemitisch handeln.

Erfolgreiche Zusammenarbeit für das Wohl von Kindern und Jugendlichen

Am Mittwoch (29. Januar) hat der Familienausschuss des Bundestags dem Plenum einhellig empfohlen, den fraktionsübergreifenden Antrag „Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen“ zu beschließen. Der Antrag greift Empfehlungen einer vom Bundestag eingesetzten Arbeitsgruppe auf, die von einer künftigen Bundesregierung umgesetzt werden sollten. Derzeit finanzieren Jugendhilfe und Krankenversicherung, zum Teil auch Rentenversicherung Hilfen für belastete

Familien; Bund, Länder und Kommunen müssen dafür zusammenwirken. Das dadurch entstehende Kompetenzknäuel soll künftig durch besser organisierte Zusammenarbeit verbessert werden. Ein erfolgreiches Modell stellen die Frühen Hilfen dar, bei denen Lotsen belasteten Familien den Zugang zu Unterstützungsleistungen erleichtern. Wir wollen, dass diese Hilfen wenigstens für Familien mit Kindern bis 6 Jahren geleistet werden können und dass niedrigschwellige Hilfen und frühzeitige Unterstützungsangebote ausgebaut werden, denn diese sind vergleichsweise günstig und ersparen viel teurere spätere Behandlungen. Auch wirken sich diese Hilfen positiv auf das Eltern-Kind-Verhältnis und häufig sogar auf die Erkrankung der Eltern aus. Wir sind überzeugt: Vor allem durch bessere Zusammenarbeit der Hilfesysteme wird den Familien künftig besser geholfen!

Ebenfalls am Mittwoch (29. Januar) hat der Familienausschuss den Weg freigemacht für das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Auch hier haben CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP konstruktiv zusammengewirkt und den ursprünglichen Gesetzentwurf an entscheidenden Stellen verbessert. Das Gesetz wird allen, die ein ernsthaftes Interesse am Schutz unserer Kinder vor sexuellem Missbrauch und damit verbundener Ausbeutung haben, helfen, solche Taten zu verhindern, und es wird dazu beitragen, dass Opfer sexuellen Missbrauchs ihre – häufig lange zurückliegenden – Traumata aufarbeiten und verarbeiten können. Damit dies gelingt, erhalten die Unabhängige Beauftragte, der Betroffenenrat und die Aufarbeitungskommission eine gesetzliche Grundlage. Sie werden besser ausgestattet und können über Berichte an den Bundestag deutlich machen, wo es weiterhin Lücken gibt und wo Institutionen sich erfolgreich der Aufgabe gestellt haben, effektive Schutzkonzepte anzuwenden. Die deutsche Sportjugend mit Sitz in Frankfurt ist hier mustergültig aktiv. Ebenso regelt das Gesetz, dass Betroffene mehr Rechte auf Unterstützung bei der Aufarbeitung erhalten, dass der Missbrauch in digitalen Medien künftig stärker einbezogen wird und dass die derzeit erprobte Medizinische Kinderschutzhotline weiter rund um die Uhr anfragende Stellen beraten kann. Insgesamt wird das Gesetz dazu beitragen, dass wir Kinder erheblich besser vor sexuellem Missbrauch, digitaler sexueller Gewalt und Ausbeutung schützen können.

Neujahrsempfang der IHK Frankfurt – Deutschland braucht den Politikwechsel in der Wirtschaftspolitik

Beim traditionellen Neujahrsempfang der IHK Frankfurt am 23. Januar wurde einmal mehr klar: Deutschland hat das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen – mit seinem innovativen Mittelstand und seinen Familienunternehmen, mit Handwerk und freien Berufen, mit kreativen Gründern und weltweit erfolgreichen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen und vor allem mit hoch motivierten und qualifizierten Fachkräften und Arbeitnehmern, die unser Land am Laufen halten.

Gleichwohl: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist zunehmend angespannt, die industrielle Basis brüchig und damit auch die Stabilität unseres sozialen Netzes. Viele Unternehmen und Betriebe klagen über hohe Energiepreise, Bürokratiewahnsinn und neue Regulierung am laufenden Band, fehlende Fachkräfte und eine erdrückende Steuerlast. Insolvenzen nehmen dramatisch zu, Arbeitsplätze sind verloren oder bedroht.

Deutschland braucht deshalb endlich eine Politik, die das Potenzial dieses Landes freisetzt. Deutschland braucht den Politikwechsel – auch und gerade in der Wirtschaftspolitik.

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB